

Öffentliches Protokoll

Sitzung des Rates der Stadt Wedel

Sitzungstermin:	Donnerstag, 13.07.2023
Sitzungsbeginn:	19:00 Uhr
Sitzungsende:	22:07 Uhr
Ort, Raum:	Ratssaal des Rathauses (barrierefrei), Rathausplatz 3-5, 22880 Wedel

Anwesend

Vorsitz

Julian Fresch CDU

Mitglieder

Peter Ammer	WSI
Jens Bergstein	CDU
Karin Blasius	Bündnis 90 / Die Grünen
Holger Craemer	Bündnis 90 / Die Grünen
Julia Fisauli-Aalto	CDU
Petra Goll	Bündnis 90 / Die Grünen
Stefan Grasedieck	SPD
Philipp Grüßner	WSI
Antje Hellmann-Kistler	FDP
Verena Kim Heyer	Bündnis 90 / Die Grünen
Jörg Hohner	FDP
Lothar Kassemek	SPD
Tobias Kiwitt	Bündnis 90 / Die Grünen
Klaus Koschnitzke	FDP
Anja Lembach	CDU
Jochen Peter Lüchau	CDU
Patricia Römer	Bündnis 90 / Die Grünen
Wolfgang Rüdiger	SPD
Murat Sayinc	SPD
Manfred Schlund	WSI
Laurin Schwarz	SPD
Bernhard Weidenbach	CDU
Dr. Valerie Wilms	WSI
Torben Wunderlich	CDU
Thomas Wöstmann	Bündnis 90 / Die Grünen
Jan Lüchau	CDU
Christoph Matthiessen	CDU
Heidi Keck	SPD
Petra Kärgel	Bündnis 90 / Die Grünen
Dagmar Süß	Bündnis 90 / Die Grünen
Nina Schilling	FDP
Angela Drewes	WSI

Patrick Eichberger
Dr. Detlef Murphy

DIE LINKE
DIE LINKE

Jugendbeirat
Hauke-Elias Zucht

Verwaltung
Kirsten Gragert
Gernot Kaser
Jörg Amelung
Gisela Sinz
Ralf Waßmann

Protokollführung
Bürgermeister

Abwesend

Mitglieder

Johanna Bergstein	CDU	entschuldigt
Christian Freitag	SPD	entschuldigt
Hendrik Thomascheski	CDU	entschuldigt
Sabine Zedler	CDU	entschuldigt
Herbert Thomascheski	CDU	entschuldigt

Umweltbeirat

Bianka Sievers	Umweltbeirat	entschuldigt
----------------	--------------	--------------

Jugendbeirat

Franziska Zonak	Jugendbeirat	entschuldigt
-----------------	--------------	--------------

Seniorenbeirat

Helga Nikodem	Seniorenbeirat	entschuldigt
Gabriele Winter	Seniorenbeirat	entschuldigt

Gäste:

Ca. 40 Einwohner*innen

1 Vertreter*innen der örtlichen Presse

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und eröffnet die Sitzung.
Er gratuliert Herrn Craemer zum Geburtstag.

Die Tagesordnung soll um die BV/2022/118 - Grundstücksangelegenheit Strandbaddamm als neu TOP 17 ergänzt werden. Das wird einstimmig angenommen.

Des Weiteren gibt es einen Dringlichkeitsantrag der Linken, der SPD und der CDU auf Moratorium zur Überprüfung der Straßenreinigungsgebühren. Dieser ist dem Protokoll beigelegt. Herr Eichberger verliest den Antrag und bittet um Fürsprache.

Frau Süß bittet um eine kurze Sitzungsunterbrechung zur Beratung, weil dieser Antrag nicht vorlag.

Sitzungspause von 19:07 bis 19:12 Uhr.

Herr Craemer hält eine Gegenrede. Die Grünen werden nicht zustimmen. Sie haben sich mit Frau Schlüter und Frau Heinemann eingehend über die Rechtsprechung auseinandergesetzt und über verschiedenen Modelle unterhalten.



Die Justiziarin ergänzt, die Satzung ist in Kraft und somit anzuwenden. Sie erklärt das Prozedere des Widerspruchsverfahrens. Die Satzung kann ggf. mit Mehrheitsbeschluss geändert werden. Für das Moratorium liege nach der GO kein Grund für einen Eilantrag vor.

Die CDU, SPD und die Linken möchten nicht an ihrem Antrag festhalten.

Frau Keck möchte wissen, ob nicht doch eine aufschiebende Wirkung möglich ist, um das Geld nicht einzuziehen.

Der Vorsitzende sieht dies als neuen Antrag und hält es für sinnvoll, dieses Thema in den nächsten UBF mitzunehmen.

Die Justiziarin verweist auf die Möglichkeit, einen Antrag auf Stundung zu stellen.

Es liegen keine weiteren Änderungswünsche zur Tagesordnung vor.

Die Gremiumsmitglieder beschließen einstimmig den Ausschluss der Öffentlichkeit für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte 14 - 18.

Damit kann die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden:

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- | | | |
|-----|---|-------------|
| 1 | Einwohnerfragestunde | |
| 1.1 | Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen | |
| 1.2 | Aktuelle Fragen der Einwohnerinnen und Einwohner | |
| 2 | Öffentlicher Teils des Protokolls der Sitzung vom 11.05.2023 | |
| 3 | Öffentlicher Teils des Protokolls der Sitzung vom 12.06.2023 | |
| 4 | Nachbesetzung von Gremien | |
| 5 | Bürgerbegehren gegen die Bebauung des Entwicklungsgebietes Wedel Nord | |
| 5.1 | Bürgerbegehren gegen die Bebauung des Entwicklungsgebietes Wedel Nord
hier: Erläuterung des Bürgerbegehrens durch die Vertretungsberechtigten | MV/2023/050 |
| 5.2 | Bürgerbegehren gegen die Bebauung des Entwicklungsgebietes Wedel Nord
hier: Beschluss über die verlangte Maßnahme (Abhilfebeschluss) | BV/2023/071 |
| 5.3 | Bürgerbegehren gegen die Bebauung des Entwicklungsgebietes Wedel Nord
hier: Festsetzung des Termins zur Durchführung des Bürgerentscheids | BV/2023/069 |
| 5.4 | Bürgerbegehren gegen die Bebauung des Entwicklungsgebietes Wedel Nord
hier: Standpunkte und Begründungen der Stadtvertretung zum Bürgerentscheid | BV/2023/072 |



- | | | |
|------|--|---------------|
| 6 | Entlastung des Verwaltungsrates der Stadtparkasse Wedel für das Geschäftsjahr 2021 | BV/2023/007 |
| 7 | Entlastung des Verwaltungsrates der Stadtparkasse Wedel für das Geschäftsjahr 2022 | BV/2023/075 |
| 8 | Änderung der Satzung der Stadtparkasse Wedel
Klarstellung | BV/2023/068 |
| 9 | Beauftragung der PD Berater der öffentlichen Hand GmbH/
Bereitstellung von überplanmäßigen Haushaltsmitteln | BV/2023/074-1 |
| 10 | Wahl der Schöffinnen und Schöffen für die Geschäftsjahre 2024-28 | BV/2023/066 |
| 11 | Wahlprüfung und Feststellung der Gültigkeit der Gemeindewahl am 14. Mai 2023 gemäß § 39 Gemeinde- und Kreiswahlgesetz (GKWG) | BV/2023/073 |
| 12 | Bauvorhaben Wohnunterkunft Steinberg 8a
Mittelverschiebung - Bereitstellung überplanmäßiger Mittel | BV/2023/077 |
| 13 | Öffentliche Mitteilungen und Anfragen | |
| 13.1 | Bericht der Verwaltung | |
| 13.2 | Öffentliche Anfragen | |

Nichtöffentlicher Teil

- | | | |
|------|---|---------------|
| 14 | Nichtöffentlicher Teils des Protokolls der Sitzung vom 06.04.2023 | |
| 15 | Nichtöffentlicher Teils des Protokolls der Sitzung vom 11.05.2023 | |
| 16 | Erbbaurechte u.a. im Bereich Voßhagen | BV/2023/023-1 |
| 17 | Grundstücksangelegenheit Strandbaddamm, BV/2022/118 | |
| 18 | Nichtöffentliche Mitteilungen und Anfragen | |
| 18.1 | Bericht der Verwaltung | |
| 18.2 | Nichtöffentliche Anfragen | |

Öffentlicher Teil

- | | | |
|----|----------------------------------|--|
| 19 | Unterrichtung der Öffentlichkeit | |
|----|----------------------------------|--|



Öffentlicher Teil

1 Einwohnerfragestunde

1.1 Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen

Es liegen keine vorangegangenen nicht beantworteten Fragen vor.

1.2 Aktuelle Fragen der Einwohnerinnen und Einwohner

Es werden Fragen zu folgenden Themen gestellt und diskutiert:

- 1.) Kita Kleine Strolche
- 2.) Rollberg / Verkehrsberuhigung
- 3.) Straßenreinigungsgebühren

1. Kita Kleine Strolche:

Frau Hengvoß-Brasch verliest die offenen Fragen, die auch dem Protokoll angefügt sind.

Frau Keck berichtet, dass sich die SPD an den Landtagsabgeordneten gewandt hat und zitiert aus dem Brief an Herrn Hölck. Sie bittet darum, das Thema im nächsten BKS auf die Tagesordnung zu nehmen und mitzuteilen, was unternommen wurde.

Frau Kärigel unterstützt das.

Herr Kaser beruft sich auf Erfahrungswerte, Finanzierbarkeit und die Bindung an das Bau-recht.

Frau Huber fragt, warum es Wedel keinen Waldkindergarten gibt und keinen Spätdienst in der SKB.

Herr Schwittay merkt an, dass es im Kreis Pinneberg keinen anderen Kindergarten mit so breiten Öffnungszeiten gibt. Gerade das bot ihm und seiner Frau Sicherheit ihre Berufe (Krankenpfleger KH Pinneberg und Krankenschwester AK Altona) ausüben zu können.

Frau Godzein äußert ihren Unmut zum Verhalten des Bürgermeisters und fragt nach der Zukunft der Erzieherinnen.

Herr Fresch regt an, die Problematik fundierter im BKS zu betrachten und bittet darum, die Beantwortung der offenen Fragen schnellstens nachzuholen.

2.) Rollberg:

Herr Ackermann bittet darum das Thema Verkehrsberuhigung noch mal zu überdenken.

Herr Rüdiger berichtet von einem Gespräch mit Herrn Kaser, Brix und Krasnicki, das aber nicht zur Zufriedenheit aller gelaufen ist.

Herr Kaser sagt, dass das Thema die Stadt seit 4 Jahren beschäftigt und von mehrfach von mehreren Seiten beleuchtet wurde.

Frau Kärigel bittet darum, die Sachverhalte zum Thema Rollberg in einer Vorlage für den UBF zu bündeln.

3.) Straßenreinigungsgebühren:

Herr Friedrich und Herr Rühmkopf haben Fragen zur Kalkulationsgrundlage für die Erhöhung der Straßenreinigungsgebühren.

Herr Rüdiger erinnert an die Anfrage der SPD-Fraktion im letzten UBF und bittet darum, die Antworten rechtzeitig vor der nächsten Sitzung zu bekommen.

Anlage 1 TOP 1.2 Unbeantwortete Fragen zur Kita Kleine Strolche aus den letzten Einwohnerfragestunden

2 Öffentlicher Teils des Protokolls der Sitzung vom 11.05.2023

Herr Fresch informiert über die neue Vorgehensweise bei Protokollen. Protokolle werden nicht genehmigt, sondern es wird nur über Änderungen beschlossen. Diese müssen bis zwei Tage vor der Sitzung beim Sitzungsdienst eingehen.

Der öffentliche Teil des Protokolls wird ohne Einwände zur Kenntnis genommen.

3 Öffentlicher Teils des Protokolls der Sitzung vom 12.06.2023

Herr Fresch hat eine Änderung auf Seite 3 des Protokolls:

Der 2. Absatz wird ersetzt durch:

„Über die Dringlichkeit des Interfraktionellen Antrages wird nach 2 Gegenreden abgestimmt. Die Dringlichkeit wird mit 18 Ja / 21 Nein / 0 Enthaltungen abgelehnt. Der Antrag wird somit nicht auf die Tagesordnung genommen.“

Diese Änderung wird einstimmig angenommen.

Frau Kärgel hat eine Ergänzung auf Seite 3 des Protokolls:

Im Anschluss hat der Bürgermeister das Wort.

Das Thema ist bereits mehrfach unterfüttert. Der Rechtsanspruch ergibt sich aus § 24 KitaG. Der Wortlaut wird dem Protokoll beigelegt.

Neu: Herr Kaser erläutert, dass eine Kita mit nur 30 Kitaplätzen, so wie es bei der Kita Kleine Strolche der Fall ist, nicht wirtschaftlich zu führen sei. Herr Kaser sagt den Eltern in Wedel zu, dass im Jahr 2024 durch Ausbau und Neubau von Kitas alle Kinder in Wedel einen Kitaplatz erhalten, die einen Kitaplatz benötigen.

Diese Ergänzung wird mit 30 Ja / 3 Nein / 2 Enthaltungen angenommen.

Beschluss:

Der öffentliche Teil des Protokolls mit den oben genannten Änderungen genehmigt.

4 Nachbesetzung von Gremien

Es liegen zwei Anträge zur Nachbesetzung vor.

Frau Drewes verliert den Nachbesetzungsantrag der WSI.

Frau Fisauli-Aalto verliert den Umbesetzungsantrag der CDU.

Beide Anträge sind dem Protokoll beigelegt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Wedel beschließt folgende Nach-/Umbesetzungen:

4. Stellvertreter im Planungsausschuss: Herr Steffen Haubner

4. Stellvertreter im Sozialausschuss: Herr Detlef Krause
4. Stellvertreterin im BKS: Frau Dr. Valerie Wilms
2. Stellvertreterin im Wahlprüfungsausschuss: Frau Dr. Valerie Wilms
3. Stellvertreter im Wahlprüfungsausschuss: Herr Manfred Schlund

BKS:

- | | |
|---|----------------------|
| 1. Stellvertreter: bisher Vivien Claussen | neu: Renate Werner |
| 2. Stellvertreter: bisher Jan Lüchau | neu: Vivien Claussen |
| 3. Stellvertreter: bisher Julian Fresch | neu: Jan Lüchau |
| 4. Stellvertreter: bisher Sabine Zedler | neu: Julian Fresch |
| 5. Stellvertreter: bisher Johanna Bergstein | neu: Sabine Zedler |

UBF:

- | | |
|---|--------------------|
| 1. Stellvertreter: bisher Jochen Lüchau | neu: Alina Schultz |
|---|--------------------|

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

- | | |
|-----------------|-------------------------------------|
| <u>Anlage 1</u> | TOP 4 Nachbesetzung von Gremien WSI |
| <u>Anlage 2</u> | TOP 4 Umbesetzung Gremien 10.7. CDU |

5 Bürgerbegehren gegen die Bebauung des Entwicklungsgebietes Wedel Nord

5.1 Bürgerbegehren gegen die Bebauung des Entwicklungsgebietes Wedel Nord

MV/2023/050

hier: Erläuterung des Bürgerbegehrens durch die Vertretungsberechtigten

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

Herr Malsch spricht als Vertretungsberechtigter für die Bürgerinitiative und im Namen von Herrn Kloevekorn und Herrn Albrecht und erläutert die Gründe. Die Rede ist dem Protokoll beigelegt.

Der Vorsitzende bedankt sich im Namen aller für die Unterstützung und für das ehrenamtliche Engagement. Es gibt keine weiteren Rückfragen.

- | | |
|-----------------|--|
| <u>Anlage 1</u> | TOP 5 Rede Bürgerinitiative gegen Wedel Nord im Rat 130723 |
|-----------------|--|
-

**5.2 Bürgerbegehren gegen die Bebauung des Entwicklungsgebietes
Wedel Nord****BV/2023/071****hier: Beschluss über die verlangte Maßnahme (Abhilfebeschluss)**

Zunächst nimmt der Bürgermeister Stellung. Der Wortlaut ist dem Protokoll beigelegt.

Frau Süß verliest die Stellungnahme der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion, die auch dem Protokoll beigelegt ist.

Die Grünen werden dem Abhilfebeschluss zustimmen.

Frau Fisauli-Aalto teilt mit, dass die CDU-Fraktion dem Bürgerbegehren nicht abhelfen wird. Ihr Beitrag ist dem Protokoll beigelegt.

Herr Grasedieck verliest die Standpunkte der SPD-Fraktion, die dem Protokoll beigelegt sind.

Herr Dr. Murphy nennt die Anmerkungen der LINKEN im Rat:

1.) Es heißt, es würde die Politikverdrossenheit fördern, wenn wir nicht abhelfen. Seiner Meinung nach ist genau das Gegenteil der Fall.

2.) Demokratie kostet Geld. Aber das muss sie uns Wert sein, bei allem Respekt für die Haushaltslage. Demokratie darf keine Kostenfrage sein.

Die Linken werden dem Abhilfebeschluss nicht zustimmen, sondern wollen den Bürgerinnen und Bürgern eine Abstimmung ermöglichen.

Frau Drewes möchte innehalten und sich Zeit nehmen. Die CDU hat gesagt, es gehe um Basisdemokratie. Frau Drewes fragt, warum es nicht vorher möglich war, die Bürgerinnen und Bürger zu befragen. Man sollte ihnen die Ängste nehmen und ihre Sorgen aufgreifen. Die Frage sei, ob letztlich alles vom Infrastrukturgesetz umgesetzt wird.

An Herrn Dr. Murphy gewandt sagt sie, das Boot sei nicht voll. Die Stadt wächst - auch ohne Wedel Nord. Es gibt Generationenumbrüche in Altquartieren und wir haben immer wieder Wohnflächen, die frei werden. Beim „leidigen“ Thema Haushaltskonsolidierung wurde versucht, Preisschilder für das Wachstum zu organisieren. Aber wir haben gar nicht die Möglichkeit. Vielleicht sind wir in zwei Jahren weiter. Frau Drewes wünscht sich von Herrn Kaser, dass die Stadt „lebens- und lebenswert“ ist und das sei jetzt nicht so.

Herr Koschnitzke verliest die Stellungnahme der FDP (ist dem Protokoll beigelegt).

Frau Süß sagt, dass auch die Grünen - wie fast alle - finden, Wedel brauche neuen Wohnraum. Die Grünen wollen nicht das Geld für die Demokratie sparen, sondern dass sich alle an einen Tisch setzen. Sie sehen das nicht als Stillstand. Probleme müssten gelöst werden. Also sollte man noch mal Geld in die Hand nehmen, um richtig zu planen.

Frau Keck bittet darum zu lesen, was wir überhaupt beschließen. Es gehe darum, 2 Jahre keine Planungen durchzuführen und keine Beschlüsse zu fassen. Wir müssen aber das „GO“ für die Planungen haben, weil wir sonst in zwei Jahren mit diesem Prozess von vorne anfangen. Dann nimmt sie Stellung zu den Vorträgen.

Frau Kärger wendet sich an Frau Keck. Ein Problem ist die Kenntnis über das Baugesetzbuch. Wir müssen für ein vielfältiges Angebot sein, dürfen uns aber nicht den Investoren unterwerfen. Heute wurde das Klimaanpassungsgesetz beschlossen. Die Investoren weigern sich, dieses Gebiet als „Energie Plus“ zu entwickeln. Gerne nähme sie die 50.000 €, um das zu klären. Die baupolitischen Grundsätze werden jetzt entwickelt. Das müssen wir abwarten und mit Fa. Rehder diskutieren. Das „Wie“ sei nicht geklärt.

Abschließend möchte Herr Fresch der BI Gelegenheit geben zu reagieren. Herr Kloevekorn verzichtet im Namen der BI.

Der Vorsitzende verliest den Beschluss.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Wedel beschließt, dass in dem Entwicklungsgebiet Wedel Nord mit der Ausnahme von Schulen, von Kindertagesstätten und von bereits geltenden Baurechten keine Planungen und Bebauungen stattfinden.

Abstimmungsergebnis:

14 Ja / 21 Nein / 0 Enthaltung

<u>Anlage 1</u>	TOP 5 Rede_Bürgermeister_Wedel Nord Rat_13072023
<u>Anlage 2</u>	TOP 5 Stellungnahme der Gru?nen zum TOP 5_v4- final
<u>Anlage 3</u>	TOP 5 Stellungnahme CDU Wedel Nord
<u>Anlage 4</u>	TOP 5 Stellungnahme der SPD zum Bürgerbegehren
<u>Anlage 5</u>	TOP 5 20230713 Rat Wedel Nord FDP

5.3 Bürgerbegehren gegen die Bebauung des Entwicklungsgebietes Wedel Nord

BV/2023/069

hier: Festsetzung des Termins zur Durchführung des Bürgerentscheids

Beschluss:

Der Rat der Stadt Wedel beschließt, den Termin zur Durchführung des Bürgerentscheides nach zulässigem Bürgerbegehren gegen die Bebauung des Entwicklungsgebietes Wedel Nord (mit Ausnahme von Schulen und Kitas) auf Sonntag 08.10.2023 festzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig (in Abwesenheit von Herrn Dr. Murphy / Die Linke)

<u>Anlage 1</u>	TOP 5 Rede_Bürgermeister_Wedel Nord Rat_13072023
<u>Anlage 2</u>	TOP 5 Stellungnahme der Gru?nen zum TOP 5_v4- final
<u>Anlage 3</u>	TOP 5 Stellungnahme CDU Wedel Nord
<u>Anlage 4</u>	TOP 5 20230713 Rat Wedel Nord FDP

5.4 Bürgerbegehren gegen die Bebauung des Entwicklungsgebietes Wedel Nord

BV/2023/072

hier: Standpunkte und Begründungen der Stadtvertretung zum Bürgerentscheid

Frau Süß teilt mit, dass die Grünen nicht zustimmen werden, weil dieses Papier nicht dazu geeignet sei, dem zuzustimmen. Es fehlen Hinweise zur Schule und zur Nachhaltigkeit.

Frau Drewes sagt, dass die WSI heute auch nicht zustimmen werde. Von den Änderungswünschen wurden nur die Verkehrskonzepte geändert, die Schule bleibt unberücksichtigt. Das Blatt sei nicht sauber. Es gäbe Unklarheiten und Fehler.

Laut Herrn Eichberger werden die Linken zustimmen, auch wenn der Hinweis auf den 1. BA unglücklich formuliert sei.

Frau Süß fragt, ob heute darüber abgestimmt werden müsse.
Herr Fresch bejaht das, weil es sonst ein Sondersitzung in den Ferien geben würde.
Herr Amelung stimmt dem zu. Es werde eng.

Für die SPD sagt Herr Grasedieck Zustimmung zu. Es gebe immer wieder unterschiedliche Standpunkte. Das werde aber nicht durch weitere Diskussionen „geheilt“.

Es liegen keine weiteren Änderungsanträge vor.
Der Vorsitzende bittet um Zusendung der Redebeiträge an das Sitzungsbüro und verliest den Beschlussvorschlag.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Wedel beschließt als Standpunkte und Begründung des Rates zum Bürgerbegehren gegen die Bebauung des Entwicklungsgebietes Wedel Nord die Anlage zu dieser Beschlussvorlage.

Abstimmungsergebnis:

21 Ja / 14 Nein / 0 Enthaltung

-
- | | | |
|---|---|--------------------|
| 6 | Entlastung des Verwaltungsrates der Stadtparkasse Wedel für das Geschäftsjahr 2021 | BV/2023/007 |
|---|---|--------------------|

Beschluss:

Der Rat beschließt die Entlastung des Verwaltungsrates der Stadtparkasse Wedel für das Geschäftsjahr 2021 gemäß § 5 Abs. 2 Nr. 6 des Sparkassengesetzes des Landes Schleswig-Holstein.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig (in Abwesenheit von Herrn Rüdiger / SPD)

-
- | | | |
|---|---|--------------------|
| 7 | Entlastung des Verwaltungsrates der Stadtparkasse Wedel für das Geschäftsjahr 2022 | BV/2023/075 |
|---|---|--------------------|

Beschluss:

Der Rat beschließt die Entlastung des Verwaltungsrates der Stadtparkasse Wedel für das Geschäftsjahr 2022 gemäß § 5 Abs. 2 Nr. 6 des Sparkassengesetzes des Landes Schleswig-Holstein.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig (in Abwesenheit von Herrn Rüdiger / SPD)

-
- | | | |
|---|--|--------------------|
| 8 | Änderung der Satzung der Stadtparkasse Wedel
Klarstellung | BV/2023/068 |
|---|--|--------------------|

Der Vorsitzende erläutert die Änderung. Es war ein Datum falsch.
Er fragt die Justiziarin, ob es rechtlich in Ordnung ist, dass wir jetzt eine Satzung rückwirkend beschließen.

Die Justiziarin antwortet, das sei möglich. Es müsste dann noch der Text in § 40 durch das Wort „rückwirkend“ ergänzt werden.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Wedel beschließt die Satzung der Stadtparkasse Wedel. Diese soll rückwirkend zum 01.11.2022 in Kraft treten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**9 Beauftragung der PD Berater der öffentlichen Hand GmbH/
Bereitstellung von überplanmäßigen Haushaltsmitteln** **BV/2023/074-1**

Frau Dr. Wilms führt aus, dass im HFA lange über die Vorlage diskutiert wurde und beschlossen wurde, zunächst nur den 1. Baustein zu beauftragen. Das reduziert die Kosten auf € 52.000.

Herr Dr. Murphy, der nicht an der Sitzung des HFA teilgenommen hat, sagt im Zusammenhang mit dem Bürgerentscheid, dass das Geld anderweitig besser verwendet werden könnte. Was wir jetzt beschließen, kostet sehr viel Geld. Aber was bekommen wir dafür? Einen Variantenvergleich mit der Zielsetzung der Optimierung der Verwaltung, um festzustellen, dass das in anderen Verwaltungen anders zugeschnitten ist. Für 100.000 € in dieser Haushaltssituation! Das kann nicht Ernst sein. Das könne auch ein Student erledigen. Er sieht nicht, dass die Verwaltung das ernsthaft braucht.

Frau Dr. Wilms findet es schade, dass er nicht im HFA war, denn es wurde lange diskutiert und es war keine einfache Debatte. Es geht hier nicht nur um einen Variantenvergleich, sondern um die Einbeziehung von Mitarbeitenden und der Politik. Man dürfe nicht „im eigenen Sumpf erstickten“.

Herr Dr. Murphy nimmt die Reaktion mit einigem Befremden zur Kenntnis und bittet darum, das sein zu lassen.

Herr Grüßner merkt an, dass der Beschluss geändert wurde, aber die finanziellen Auswirkungen nicht. Das müsse geändert werden, weil es so nicht der Beschlusslage entspricht.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Wedel beschließt, die PD-Berater der öffentlichen Hand GmbH mit der Durchführung einer Organisationsberatung wie im beiliegenden Angebot dargestellt zu beauftragen.

2. Der Rat der Stadt Wedel beschließt, überplanmäßige Mittel in Höhe von 52.000 € im Budget 1110200100 Organisation auf der Kostenstelle 5431050 Gutachter und Sachverständige bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis:

33 Ja / 0 Nein / 2 Enthaltung (Die Linke)

10 Wahl der Schöffinnen und Schöffen für die Geschäftsjahre 2024-28 BV/2023/066

Frau Dr. Wilms bringt den Beschluss ein. Das Thema wurde bereits im HFA diskutiert. Sie ist froh, dass es genug Bewerber gibt. Die Entscheidung trifft das Amtsgericht.

Für diesen Beschluss ist eine 2/3 Mehrheit erforderlich.

Frau Kärgel fragt, ob das Gericht auch die Gesinnung überprüft.

Der Vorsitzende antwortet, dass der Wahlausschuss des Amtsgerichtes Repräsentanz herstellen wird. Ob die politische Gesinnung geprüft wird, wisse er nicht.

Auch die Justiziarin kann dazu keine Aussage machen.

Frau Dr. Wilms ergänzt, dass es nur in Baden-Württemberg eine gesetzliche Regelung dazu gibt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Wedel beschließt, die in der Anlage aufgeführten Personen dem Amtsgericht Pinneberg als Vorschlag für die Schöffinnen- und Schöffenwahl für die Amtsperiode 2024 bis 2028 bekannt zu geben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

11 Wahlprüfung und Feststellung der Gültigkeit der Gemeindewahl am 14. Mai 2023 gemäß § 39 Gemeinde- und Kreiswahlgesetz (GKWG) BV/2023/073

Frau Schilling berichtet kurz vom Wahlprüfungsausschuss. Es gab keine Unstimmigkeiten.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Wedel beschließt die Gültigkeit der Gemeindewahl am 14. Mai 2023 gemäß § 39 Gemeinde- und Kreiswahlgesetz.
2. Einsprüche gegen die Wahl, über die zu beschließen wäre, liegen nicht vor.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

12 Bauvorhaben Wohnunterkunft Steinberg 8a Mittelverschiebung - Bereitstellung überplanmäßiger Mittel BV/2023/077

Das Thema wurde bereits mündlich im UBF diskutiert.

Frau Wilms bringt einen Änderungsantrag der WSI ein (Ist dem Protokoll beigelegt).

Sie ist erstaunt, dass überall Fernwärme ist, nur bei diesem Objekt nicht. Das müsste ggf. später für viel Geld nachgerüstet werden. Die Frage ist, warum wir jetzt keine Lösung mit den Stadtwerken bezüglich der Integration ins Wärmenetz schaffen. Sie schlägt vor, dass Verwaltung und Stadtwerke ins Gespräch kommen und eine Lösung finden. Ziel ist es, den Anschluss an das Fernwärmenetz zu erreichen. Man soll nicht 220.000 € jetzt in den Sand setzen.

Herr Rüdiger meint, dass der Antrag der WSI in der Kürze der Zeit nicht mehr umsetzbar sei. Sollte der Rat dem Antrag zustimmen, so wird der Fertigstellungs- und der Bezugstermin nach der Vermutung der SPD nicht mehr zu halten sein.

Wenn er es Recht erinnert, dann muss das Gebäude bis Ende des Jahres in Betrieb sein, um die Förderung zu erhalten. Und die notwendige Erweiterung des Blockheizkraftwerkes sei keine Anlage, die es so von der Stange und kurzfristig vom Lager gibt.

Ob die alternativ zu bauende Wärmeversorgung tatsächlich eine wesentliche Einsparung bringen würde, stehe in den Sternen. Zumal der CO2-Preis in den nächsten Jahren zuneh-

mend steigen wird und das Blockheizkraftwerk mit Gas betrieben werden würde. Bis das zentrale Wärmenetz steht, dauert es bestimmt noch 10 Jahre. Von daher sei die jetzt vorgesehene Wärmepumpe aus seiner Sicht die zukunftsichere Investition. Die SPD wird daher dem Beschluss der Verwaltung zustimmen und den der WSI ablehnen.

Herr Wunderlich sagt, die Recherche mit den Stadtwerken habe ergeben, diesen Weg zu gehen, um keine Fördermittel zu gefährden.

Frau Süß hat ausgeführt, dass der Antrag der WSI ins Leere laufen würde, da die Verwaltung mit den Stadtwerken gesprochen hat. Sie hatte sich dazu an dem Tag mit Herrn Maurer (GF der Stadtwerke) vor der Sitzung kurzgeschaltet.

Die Unterkunft Steinberg 8a soll im Herbst bezogen werden, eine Anbindung an das Fernwärmenetz ist nicht möglich - auch nicht als Interimslösung.

Der zeitliche Ablauf für eine Erweiterung der Fernwärme sieht wie folgt aus: Zurzeit wird der Wärmeplan für Wedel erstellt, dieser soll in der 2. Jahreshälfte fertig sein. Danach müssen die Stadtwerke einen Transformationsplan erstellen, dies wird das Jahr 2024 dauern. Dann geht an die Genehmigungen, sodass frühestens Mitte 2025 mit dem Ausbau der Fernwärme gerechnet werden kann.

Als Alternativen zur Wärmepumpe bestünde nur noch die Möglichkeit einer externen Biomethan-Gasheizung, alle anderen Alternativen sind nicht mehr bis Herbst realisierbar. Die Lösung mit Biomethan hat die Nachteile:

- es muss Platz für einen Container geben
- es entstehen ebenfalls zusätzliche Kosten durch Anmietung und Anbindung
- Biomethangas ist zurzeit ca. 50-100 % teurer als Erdgas
- Außerdem werden damit die Anforderungen an das Gebäude (PEF 0,49) nicht erfüllt.

Aus den genannten Gründen sieht auch Herr Maurer die Wärmepumpenlösung als die einzig richtige Versorgungsalternative an, zumal die Wärmepumpe und Heizkörper zu einem späteren Zeitpunkt - wenn das Gebäude an die Fernwärme angeschlossen werden sollte - in einem anderen Gebäude weiter benutzt werden. In dem Fall entstehen lediglich Kosten für den Umbau.

Herr Amelung stimmt ihr zu. Eine Ausschreibung für die Wärmepumpe erfolgt noch nicht, aber terminlich ist alles machbar.

Der Änderungsantrag der WSI wird mit 5 Ja / 29 Nein / 1 Enthaltung abgelehnt.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Bereitstellung der überplanmäßigen Mittel in Höhe von 220.600,00 € brutto für die Wärmeversorgung der Wohnunterkunft Steinberg 8a.

Abstimmungsergebnis:

30 Ja / 4 Nein / 1 Enthaltung

Anlage 1 TOP 12 Änderungsantrag WSI Heizung Steinberg 8a_BV-2023-077

13 Öffentliche Mitteilungen und Anfragen

13.1 Bericht der Verwaltung

Die Verwaltung hat nichts zu berichten.

13.2 Öffentliche Anfragen

Herr Rüdiger teilt mit, dass die DB Station&Service AG ihm mitgeteilt hat, dass sie großen Wert auf barrierefreie Lösungen legen, damit die Kunden sich sicher und komfortabel bewegen können. Ein Blindenleitsystem sei ein entscheidender Bestandteil und es ist bedauerlich, dass dieser auf unserem Bahnsteig in Wedel momentan nicht vorhanden sei. Die Erneuerung der taktilen Streifen erfolge ab dem 17.07.2023.

Es werden keine Anfragen gestellt.

Anschließend bedankt sich der Vorsitzende bei der Öffentlichkeit und schließt diese für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte aus.

Öffentlicher Teil

19 Unterrichtung der Öffentlichkeit

Der Vorsitzende stellt die Öffentlichkeit wieder her und informiert über die im nichtöffentlichen Teil getroffenen Beschlüsse.

TOP 16, Erbbaurechte u.a. im Bereich Voßhagen, BV/2023/023-1: verwiesen in den HFA

TOP 17, Grundstücksangelegenheit Strandbaddamm, BV/2022/118: Beschlossen

Anschließend bedankt sich der Vorsitzende bei den Anwesenden und schließt die Sitzung.

Vorsitz:

Gez. Julian Fresch
Julian Fresch

Protokollführung:

Gez. Kirsten Gragert
Kirsten Gragert

